

Umfrage zur Weltraumforschung

Die ESA fragt Bürgerinnen und Bürger nach ihren Prioritäten für die Erforschung des Weltraums.

Um großen Forschungsfragen nachzugehen braucht es meist einen langen Atem, erst recht, wenn es um das Universum geht: Wie sind die Milchstraße und unser Sonnensystem entstanden? Gibt es außerhalb der Erde Welten, auf denen Leben möglich ist? Wie entwickeln sich Sterne oder Schwarze Löcher? Die wissenschaftlichen Missionen der Europäischen Weltraumorganisation ESA sollen dabei helfen, diese und andere Fragen zu beantworten.

Vom ersten Entwurf über die Entwicklung bis hin zum Start und den wissenschaftlichen Ergebnissen können bei großen Raumfahrtmissionen bis zu zwei oder gar drei Jahrzehnte vergehen. Die Rosetta-Mission, die sich 2004 auf den Weg zur Beobachtung des Kometen 67P/Tschurjumow-Gerassimenko machte, um schließlich 2014 den Lander Philae auf dessen Oberfläche abzusetzen, war Bestand-

teil von „Horizon 2000“. Die Entwicklung dieses ESA-Programms hatte bereits 1984 begonnen.

Die Planungen für die Missionen der ESA zur Weltraumforschung umfassen in der Regel zehn Jahre, der aktuelle Planungszyklus ist „Cosmic Vision 2015 – 2025“. Doch bereits jetzt denken die Verantwortlichen der ESA an den übernächsten Zyklus „Voyage 2050“ für den Zeitraum 2035 bis 2050. An den dafür nötigen Zielsetzungen und Planungen soll nun neben der Fach-Community erstmals auch die Öffentlichkeit über eine Online-Umfrage beteiligt werden, die bis Ende Juni dauern wird.¹⁾ Dabei wird keinerlei Fachwissen über raumfahrtwissenschaftliche Themen vorausgesetzt.

„Unsere Missionen werden von den Mitgliedsstaaten und somit von den Bürgern finanziert“, sagt Günther Hasinger, ESA-Direktor für Wissenschaft: „Wir wollen hören, was diese zu sagen haben und unsere nächsten Missionen auf eine offene und transparente Art und Weise gestalten.“



Für die wissenschaftliche Gemeinschaft hat die ESA einen „Call for White Papers“ gestartet.²⁾ Dabei geht es vor allem darum, welche Forschungsthemen bei Voyage 2050 Priorität haben sollen, jedoch noch nicht um Vorschläge für bestimmte Missionen. Die langfristige, strategische Planung soll das Fundament für eine nachhaltige Zusammenarbeit von Wissenschaft, Industrie und Fördermittelgebern für die nächsten Jahrzehnte legen.

Alexander Pawlak

Mehr Zeit für die Forschung

Die französische Regierung verspricht langfristige Ziele und Budgets.

Der französische Premierminister Édouard Philippe hat am 1. Februar bei der Feier zum 80-jährigen Bestehen des CNRS ein Gesetz für eine langfristige Ausrichtung der Wissenschafts- und Forschungspolitik angekündigt, welches diese an strategischen Zielen orientieren und finanzielle Planungssicherheit bringen soll.¹⁾ Er folgt damit einem Ansatz, der für das Verteidigungswesen bereits verabschiedet wurde und für die Energiepolitik gerade ausgearbeitet wird.

Die Regierung kommt mit dem Gesetz einer alten Forderung aus Hochschulen und Forschungsinstituten nach, entsprechend positiv war das Echo aus der Community. Die neue Initiative verfolgt vor allem folgende Ziele: Längere Budgetzeiträume

von mindestens drei Jahren sollen die langen Entwicklungszeiten bei wissenschaftlichen Projekten berücksichtigen. Ein dauerhafter Rahmen soll für die aktuellen Reformen und öffentlichen Investitionen im Forschungsbereich geschaffen werden. Dazu kommt der Aufbau geeigneter Strukturen für die Teilnahme am kommenden europäischen Rahmenprogramm Horizon Europe.

Man erhofft sich von diesem Ansatz eine zielgerichtetere, effektivere und transparente Mittelvergabe, die besser an die Produktionszyklen des Wissenschaftsbetriebs angepasst ist und mit den großen europäischen Programmen rhythmisiert ist. Der Prozess zur Formulierung dieser neuen Strategie sieht zunächst drei

zwölfköpfige Arbeitsgruppen aus in- und ausländischen Experten aus Wissenschaft, Politik, Hochschulen und Wirtschaft vor. Diese sollen bis Juli grundlegende Fragen klären, unter anderem, wie man die aussichtsreichsten Projekte mit den benötigten Mitteln ausstattet, wie der wissenschaftliche Nachwuchs international konkurrenzfähig bleibt bzw. wird und wie öffentliche und private Akteure möglichst innovativ zusammenarbeiten. Bis Dezember soll das Gesetz ausformuliert und verabschiedet werden, das Inkrafttreten ist zum 1. Januar 2021 geplant, zeitgleich mit dem Start von Horizon Europe.

Matthias Delbrück

1) Loi de programmation pluriannuelle: bit.ly/2Uc4Qev